

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn
Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Kamenz, der Bürgermeister zu
Pulsnitz und Dorn, des Amtsgerichts Pulsnitz behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Finanzamtes zu Kamenz

Nr. 212

96. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. - Geschäftsstelle: Nar Adolf-Düker-Str. 2. Fernruf nur 551

Sonnabend/Sonntag, den 9./10. September 1944

Bezugspreis: Bei Abholung 14 Hg 1.- RM, frei Haus 1.10 RM, einschließlich 12 Hg. Trägerlohn. Postbezug monatlich 2.50 RM.

Moskaus weitgehende Pläne / Die Hintergründe des Vorgehens gegen Bulgarien

Das schwedische Blatt „Aftonbladet“ äußert in einem Artikel, daß die Sowjets mit ihrer drastischen Maßnahme gegen Bulgarien sehr viel weitgehendere Absichten verfolgten, als Tito zu unterstellen. Für die Bolschewisten sei es nämlich von allergrößter Bedeutung, einen Vorwand zur Besetzung Bulgariens zu finden, was ohne Kriegserklärung und dem danach folgenden Waffenstillstand kaum möglich gewesen wäre. Sollte Bulgarien jetzt besetzt werden, so würden die Sowjets nicht nur die Schifffahrt auf der unteren Donau kontrollieren, sondern auch eine direkte Verbindung zwischen der Sowjetunion und dem Ägäischen Meer herstellen.

Zusammenfassend stellt das Blatt fest, man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Sowjetunion zur Zeit mit aller Kraft die Entwicklung in Osteuropa zu beschleunigen suche, und zwar nicht zuletzt wegen der Wiederherstellung des Machtgleichgewichts durch den Vormarsch der Alliierten im Westen.

„Finnland steht vor seiner Vernichtung“

Zynische Kommentare aus den USA

In den USA verfolgt man mit Interesse den Lauf der Dinge in Finnland. Ohne natürlich einzusehen, daß die Vereinigten Staaten an dem finnischen Volk ein infames Verbrechen begangen haben, indem sie es in die Arme des Bolschewismus getrieben haben, stellt man mit kaltem Zynismus fest, daß Finnland „vor seiner militärischen Vernichtung durch Sowjetrußland steht“. So schrieb kürzlich eine Zeitung in Cleveland. Für das Blatt ist es eine ausgemachte Sache, daß

Finnland nunmehr mit dem Verlust seiner politischen Unabhängigkeit rechnen muß. Es heißt aber den wahren Sachverhalt verschleiern, wenn die Zeitung daran die Bemerkung knüpft, Finnland sei „das Opfer der diplomatischen Stümperei der Anglo-Amerikaner geworden“, denn in Wahrheit liegt nicht Stümpererei, sondern eine ganz bewußte Auslieferung Finnlands an die Bolschewisten gemäß der Vereinbarung von Leningrad vor.

Die USA sichern sich das indische Geschäft

Die USA-Fachzeitschrift „Export Trade and Shipper“ beschäftigt sich mit dem wachsenden Einfluß der amerikanischen Wirtschaft in Britisch-Indien. Das Blatt erklärt u. a.: „Viele nordamerikanische Firmen haben bereits Vertreter in Indien. Die amerikanischen Fabrikanten haben sich z. B. den Hauptanteil des Geschäfts in Requirierstoffen, Büromaterial usw. gesichert. Amerikanische Schreibmaschinen beherrschen jetzt trotz des Vorzugszolls für britische Produkte den indischen Markt zu 90 v. H. Die politische Entwicklung in Indien hat zu einer Forderung der monopolartigen Beherrschung des Marktes durch England beigetragen. Die wachsende Feindseligkeit der Indier gegen die englischen Geschäftsleute und Beamten hat viele alte Handelsbeziehungen unterbrochen. Der indische Handel zieht heute die Vertretung nichtbritischer Firmen vor, und die indische Industrie sieht beim Einkauf weniger unter dem Einfluß britischer Exporteure als früher. Der USA-Handel“, so frohlockt das Blatt, „wird also günstigere Gelegenheiten haben als bisher und es leichter finden, sich auf dem indischen Markt durchzusetzen.“

Das Drama Warschau / Ein Fanal für alle Völker

Nachdem der deutsche Wehrmachtbericht vor einigen Tagen die Säuberung der Warschauer Altstadt von den polnischen Aufständischen gemeldet hatte, gibt er am 7. September bekannt, daß auch das gesamte Weichselviertel von den Deutschen gesäubert ist. Damit ist im größten Teil der Stadt der am 1. August auf Befehl Londons und Moskaus ausgebrochene Aufstand zusammengebrochen. Aus den von den Aufständischen gehaltenen Bezirken strömt nun die Bevölkerung zu Tausenden ab, erfüllt von der bitteren Erkenntnis, daß sie das Opfer einer gewissenlosen Hetze geworden ist und vergeblich den Hilfeversprechungen und Zusicherungen der Anglo-Amerikaner Glauben geschenkt hat.

England und die USA haben im Fall Warschau erneut gezeigt, daß ihnen das Schicksal des polnischen Volkes ebenso gleichgültig ist, wie es ihnen 1939 war. Churchill und Roosevelt zeigen sich nicht davon betroffen, daß durch die schweren Kämpfe wiederum Ströme von Blut der Bevölkerung geflossen und Tausende von Polen zugrunde gerichtet worden sind. Die rauchenden Trümmer von Warschau und der Glendzweig der Bevölkerung, die aus der Hölle des Grauens flüchtet, klagen die Drahtzieher an der Themse und im Kremlin als Mörder an. Verschmutzt und in Lumpen gehüllt tragen diese Unglücklichen nur das mit sich, was sie aus dem Schutt und der Asche haben retten können. Hunderttausende, die unter deutschem Schutze bisher ein ruhiges und friedliches Leben genossen, sind jetzt zu Heimatlosen geworden. Hoffnungslosigkeit und der Schrecken unsagbaren von London und Moskau herausgeschworenen Erlebens steht auf ihren Gesichtern.

Zahllose Einwohner Warschaws, die nichts gemein haben mit der Clique gewinnloser politischer Spieler, haben ihr Leben opfern müssen für das neue Verbrechen, das auf das Schuldkonto jener Drahtzieher in London und Moskau kommt, denen Warschau seine Vernichtung verdankt. Warschau ist nur ein Beispiel. Es ist ein Fanal für alle Völker, die von London, Washington und Moskau eine bessere Zukunft erhoffen und die auf die Hilfe und den Schutz der anglo-amerikanischen Kriegsbrandstifter vertrauen.

Billige Trostworte statt Hilfe

Roosevelt und König Georg von Griechenland sandten, wie der Londoner Nachrichtendienst meldet, dem Vorstehenden des polnischen Emigranten-Ausschusses in London ausführlich des Aufstandes in Warschau, Vorschläge, in denen sie ihre tiefe Sympathie und Bewunderung für diese Aktion bekundeten.

Diese Glückwunschkarte Roosevelt's an Mikolajczyk zeigt erneut die ganze Erbärmlichkeit und niederträchtige Heuchelei der amerikanischen und englischen Politik gegenüber den Staaten, die ihnen Gefolgschaft leisteten und von ihnen ins Verderben gestürzt wurden. Statt ihnen Waffen und Hilfe zu senden, werden sie mit billigen Trostworten abgespeist. Verhandlungen nur über Wostan.

Nach einer Associated-Meldung aus Antara ist man in Moskau der Ansicht, daß Bulgarien seine Waffenstillstandsbedingungen mit den Anglo-Amerikanern nicht direkt, sondern nur über einen sowjetischen Zwischenhändler führen dürfe. Diese Darstellung bestätigt erneut, daß England und die USA den Fall Bulgarien ausschließlich als Angelegenheit der Sowjets ansehen, an der sie nur beobachtendes Interesse haben.

In diesem Zusammenhang berichtet Associated Press weiter, die Sowjetregierung wüßte, daß Mitglieder der kommunistischen Partei in der bulgarischen Regierung vertreten

„Beträchtliche Verluste“ der USA-Truppen

In einer Meldung aus dem Hauptquartier der 3. USA-Armee wird angegeben, daß die amerikanischen Truppen bei dem Versuch, die obere Mosel zu überschreiten, „beträchtliche Verluste“ erlitten. Auch Associated Press muß in einer Meldung feststellen, daß der deutsche Widerstand an der Westfront außerordentlich hart geworden ist.

Generalmajor Fuller: „V 1“ wirklich unheimlich

Zu „V 1“ schreibt der bekannte britische Militärachverständige Generalmajor F. G. Fuller im „The New English Weekly“, sie sei eine revolutionäre Neuerung, die man weder in Schrecken versetzen noch verjagen könne. Diese Waffe sei wirklich unheimlich.

Im Blickfeld der Dardanellen

Pulsnitz, 9. September

Der Unfall Rumäniens und das militärische Vorgehen der Bolschewisten gegen Bulgarien haben eine Reihe von Problemen aufgeworfen, deren Lösung eine Sache von morgen sein wird, die sich aber heute schon sehr konkret stellen. Dies betrifft vor allem das Dardanellen-Thema. Als Molotow im Herbst 1940 der deutschen Reichsregierung in Berlin einen Besuch abstattete, forderte er von Deutschland bekanntlich die Zustimmung nicht nur zu einer sowjetischen Garantieerklärung für Bulgarien unter gleichzeitigen Truppeneinmarsch, sondern auch zur Inbesitznahme der Gebiete um die Meerengen. Der Führer hat diese Forderung des Kreml ebenso abgelehnt, wie die sowjetischen Aspirationen gegenüber Finnland. In der Erklärung am 22. Juni 1941 ist dieser Tatbestand zum ersten Mal öffentlich ausgesprochen worden und die Türkei selbst weiß mindestens von diesem Zeitpunkt an, welche Aspirationen die Bolschewisten ihrem Staatsgebiet gegenüber hegen.

Die sowjetischen Absichten auf die Meerengen sind so alt wie der russische Drang zu einem Zugang zum offenen Meer. Jahrhunderte hindurch galt die Politik der Baren der Gewinnung dieses großen Ziels. Wo immer aber sich Möglichkeiten zur Erfüllung boten, sei es in Europa, im Vorderen oder Mittleren Orient, war der Gegenstand zu Großbritannien unvermeidlich. Nach Brest-Litowsk schienen die russischen Aspirationen ein für allemal erledigt zu sein. Das deutsche Reich widerlegte sich nach 1939 mit Erfolg der vom Bolschewismus unter dem schlecht verhaltenen Zeichen der Weltrevolution neu gemachten Imperialismus. Erst das politische Zweckbündnis mit Großbritannien rückte die Erfüllung der alten russischen Träume in greifbare Nähe. England, das die Bündnistreue Stalins bereits mit einer schier endlosen Kette von gebrochenen Versprechungen und aufgegebenen Traditionen bezahlt hat, muß auch die aktuelle bolschewistische Balkanpolitik nur unter dem Blickwinkel der eigenen Kriegsführung sehen. Uebergriffe, die Jahrhunderte hindurch Kriegsgrund gewesen waren, werden heute mit leichter Hand hingenommen und sogar zustimmend kommentiert. Die Engländer müssen sich heute von den Bolschewisten bieten lassen, was der Kreml immer auch an neuen Stappen seines Imperialismus beschreitet.

Die Türkei selbst dürfte den bolschewistischen Vormarsch nicht nur mit recht gemischten Gefühlen beobachten, sondern sogar mit der größten Sorge. Stalin hat zwar schon des öfteren geblüffelt, aber er hat noch niemals darauf verzichtet, sein politisches Programm durchzu-

Demokratie reif zu Ueberholung / Scharfe Kritik am englischen Parlament

Wenn man heute an das Parlament denke, fliegen jedem üble Gefühle auf, schreibt Sir Ernest Benn in der britischen Zeitschrift „Tribune“. Die Toten und Verwundeten, die Verwüstungen und der Zerfall zu Hause seien Tatfachen, die die Engländer am meisten beschäftigten. Das britische Parlament hingegen lebe sein eigenes Leben, als gebe es keinen Krieg und als wüßte es nichts von den vitalen Dingen, über die die Entscheidung bald falle.

Präsident Wilson habe 1917 erklärt: „Die Welt muß für die Demokratie reif gemacht werden.“ Heute, so meint Benn, bestehe die Notwendigkeit, daß man die Demokratie überhole und reif mache für die Welt. Die Taten von Westminster seit 1940 hätten Bernard Shaw urteilen lassen: „Westminster ist der Zukunftsort von schlechten Kreaturen.“ Als die Volksvertreter 1940 saßen alle ihre Rechte der Regierung abtraten, sei das Parlament zu ihrem willenlosen Werkzeug geworden.

Von da ab wurde das Volk Zeuge, bemerkte Benn weiter, wie Woche für Woche schwer erworbene Rechte zerstört wurden. Beiden, der Demokratie und dem Parlament, sei durch eigene Schuld unendlich Schaden zugefügt worden. Demokratie sei ein System, bei dem die Staatsmänner sich dem gesunden Volksurteil unterwerfen müßten, das darüber entscheide, ob sie als Führer eines Volkes geeignet seien. In England aber sei es jetzt zu einem System degeneriert, in dem gut bezahlte Minister nichts mehr von der Volksmeinung wissen wollten, sondern dank der Ignoranz des Volkes weiter regieren könnten.

Forrestal's Eingeständnis

Die Materialüberlegenheit der USA neigt sich dem Ende zu. Die Erklärung des USA-Marineministers Forrestal, die materielle Ueberlegenheit der amerikanischen Waffen auf dem pazifischen Kriegsschauplatz sei im Abnehmen und Japan habe vor allem auf dem Gebiet der Luftwaffe mehrere neue Typen entwickelt, die den Amerikanern viel zu schaffen machen, wird in neutralen Kreisen als erstes amtliches Eingeständnis dafür angesehen, daß die Zeit nicht für die Alliierten arbeitet und daß die Periode der Ueberlegenheit des anglo-amerikanischen Kriegsmaterials sich dem Ende zuneigt. Die deutsche Voraussage, daß ein solcher Zeitpunkt bevorstehe, werde diesmal durch einen prominenten Vertreter des anglo-amerikanischen Lagers selbst bestätigt. Was für den Pazifik gelte, gelte in noch viel höherem Maße für den europäischen Kriegsschauplatz. Unter diesen Umständen habe Forrestal's Erklärung auch für Europa große Bedeutung.

Zunehmendes Chaos in Rumänien

Während die Abordnung des Verräterkönigs Michael und seiner Hofclique in Moskau auf die Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen wartet, nimmt die Mut- und Hoffnungslosigkeit im rumänischen Volk zu und wächst das wirtschaftliche Chaos. Englische Berichterstatter in Bukarest schildern die gedrückte Stimmung, die im rumänischen Volk immer weiter um sich greift.

Die Enttäuschung über die Verzögerung des Waffenstillstandes ist groß, meldet der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“. Das Kabinett, das Michael gebildet hat, wird von der Bevölkerung beschuldigt, einen Staatsstreich unternehmen zu haben, ohne von den Anglo-Amerikanern Zusicherungen erhalten zu haben, bemerkt der Bukarester Berichterstatter des Londoner „Daily Telegraph“. Das allgemeine Chaos werde, so meldet er, durch die Verschlagung der rumänischen Flotte und durch Internierung aller Offiziere in Konstanz verunsichert. — „Daily Express“ ist der

Auffassung, daß die gegenwärtige Bularester Regierung überhaupt nur eine Zwischenregierung ist, die bald totalen, vor allem kommunistischen Kreisen, Platz machen muß.

Massenmorde der Gauklisten

18 Angehörige der französischen Miliz hingerichtet

Der gauklistische Terror in den von den Anglo-Amerikanern besetzten französischen Gebieten fordert täglich neue Opfer. In der kleinen Stadt Annemasse an der schweizerischen Grenze fanden 32 Angeklagte, zum Teil Angehörige der französischen Miliz, vor einem Standgericht. Dem Verurteilten nach handelt es sich hauptsächlich um verheiratete Landwirte, Handwerker und einige Kaufleute. 18 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt; die anderen 14 sind dem Militärgericht übergeben worden. Die Vollstreckung des Urteils fand auf dem Kirchhof von Annemasse statt.

In St. Grisgolph in Hochsabbon herrscht unter der Bevölkerung größte Unruhe infolge des Terrors, den die Internationale Brigade unter Führung des Bolschewisten Nicolas ausübt.

Der Reichswirtschaftsminister hat an Stelle des vor kurzem mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand ausgeschiedenen Präsidenten Piech Staatsrat Karl Videmann, Bremen, zum Präsidenten der Reichswirtschaftskammer berufen und in sein Amt eingeführt.

Der slowakische Staatspräsident Dr. Tiso ernannte zum Stabschef der Hlinkagarde Dmar Kubala, der dieses Amt bereits bis Juli 1942 innehatte. Der neue Stabschef ist dem Staatspräsidenten direkt unterstellt.



Grenzland-Hitler-Jugend schützt ihre Heimat.

Im Kampf bewährte Frontsoldaten beüben die Jungen, die ihnen durch den Bau der Schutzstellungen einen festen Rückhalt vor dem anrückenden Feind geben.

PK-Aufnahme: Kriegsberichterstatter Scheerer (W)

